

Paneuropa-Union Bayern – Landesversammlung in Augsburg
13. Juli 2019

Meine Damen und Herren,
liebe paneuropäische Freunde,

Mein Freund Dirk Voss, Vizepräsident der Internationalen Paneuropa-Union und Landesvorsitzender der Paneuropa-Union Bayern hat mich eingeladen, an Ihrem Treffen teilzunehmen. Ich bedanke mich dafür.

Diese angenehme Zusammenkunft gibt uns die Möglichkeit, im Geiste Paneuropas, in dem wir alle verbunden sind, klar und offen über Europa zu sprechen.

In diesem Sinne rufe ich Ihnen zunächst die Schwierigkeiten in Erinnerung, mit denen sich das Europa von heute konfrontiert sieht. Im Inneren wie im Äußeren.

Lassen Sie mich in aller Kürze hierfür neue politische Ansätze vorschlagen, die ich empfehle, mit denen Europa diese aktuellen Schwierigkeiten überwinden könnte. Um dies zu erreichen, lege ich Ihnen zugleich die dringende Notwendigkeit einer Wiedererstarkung des deutsch-französischen Zusammenschlusses ans Herz.

Zur internen Lage der Europäischen Union: Wir müssen feststellen, dass sich überall in der Europäischen Union nicht nur ein - durchaus legitimes – Nationalgefühl wieder zu Wort meldet, sondern auch dessen schlimmste Ausprägung: der Nationalismus. In Frankreich zeigt sich dieses neue Phänomen seit Anfang der 80er Jahre im Aufstieg der Bewegung von Le Pen.

Selbst dann, wenn sich die Mehrheit der Wähler von national-populistischen Parteien nicht auf die Ideologie der Nazis der Faschisten Mussolinis, der Franco-Diktatur oder der Diktatur des Portugiesen Salazar bezieht, ist es klar, dass meisten Anführer dieser Parteien eine Sprache sprechen, die nationalistisch, demagogisch und fremdenfeindlich ist.

Es existieren viele Erklärungsversuche zu dieser beunruhigenden Situation, in der vor allem die Europäische Kommission zum Sündenbock gemacht wird, ohne dass deren Kritiker immer zugleich auch feindselig gegenüber der Idee von Europa sind. Die Europäische Kommission, die von ihren Kritikern verächtlich „die Brüsseler Kommission“ genannt wird, vereinigt auf sich schlicht aufgrund ihrer institutionellen Macht, alle Kritik aus allen europäischen Himmelsrichtungen. Man wirft ihr vor, zu technokratisch, zu bürokratisch zu sein, zu weit weg von den sozialen und kulturellen Realitäten Europas und unter dem Einfluss starker Lobbys zu stehen.

Wenn diese Vorwürfe oft begründet sind, ist es jedoch ungerecht nicht den Europäischen Rat und selbst das Europäische Parlament einzubeziehen, die in ihren Abstimmungen und Entscheidungen manchmal weit entfernt vom täglichen Leben der Bürger Europas zu sein scheinen.

Diese Kritik hängt mit der Organisation, den Kompetenzen und dem Funktionieren der Europäischen Institutionen zusammen, die im wesentlichen seit dem Vertrag von Rom im Jahre 1962 auf den gleichen Prinzipien begründet sind: Eine Kommission, die Initiativen

ergreift und diese umsetzt, ein Rat der sie annimmt und der sie schließlich dem Europäischen Parlament zur Abstimmung unterbreitet. Dieses System gibt den Europäischen Bürgern das Gefühl, dass sie an der europäischen Gesetzgebung nicht in demokratischer Weise partizipieren.

Deshalb wünsche ich mir eine Reform unserer Institutionen, damit die europäischen Bürger sich besser und unmittelbarer in die Entwicklung Europas einbezogen fühlen.

Man soll auch verstehen, dass die Völker Mittel- und Osteuropas, die fünf und dreissig Jahre lang unter dem kommunistischen Imperialismus gelitten haben und von denen viele zwischen den beiden Weltkriegen die Unterdrückung durch rechtsextreme Regime erleiden mussten, sich in besonderem Maße an der freien und unabhängigen Lebensweise in ihren neu gewonnen Nationalstaaten erfreuen.

Niemand sollte vergessen, dass eben diese Länder bei der Konferenz von Jalta durch die Naivität Roosevelts zu dessen Lebensende dem stalinistischen Imperialismus ausgeliefert wurden.

Zwei Krisen haben zudem das Misstrauen der Europäer gegenüber der Europäischen Union verstärkt: Die Finanzkrise von 2008 und die Flüchtlingskrise von 2015. Während die erste bewältigt werden konnte – nicht ohne Frustrationen zu hinterlassen – verstärkt die zweite weiter das Misstrauen vieler Europäer angesichts der politischen, sozialen und kulturellen Folgen dieser Krise.

Deshalb ist es ebenso dringlich wie unausweichlich geworden, dass sich die europäischen Regierungen in enger Abstimmung mit der Europäischen Kommission für die Verstärkung des Schengen-Abkommens, für die Änderung des Dublin-Abkommens und für neue Politiken der Entwicklungshilfe mit den Herkunftsstaaten einsetzen.

Wenn inzwischen die ganze Welt darin übereinstimmt, das Klima-Abkommen von Paris einzuhalten, dann steht es auch der Europäischen Union zu, in ihren Handelsbeziehungen mit Drittstaaten diese auf die Gegenseitigkeit zu verpflichten, um nicht zu Gegnern in einem ungeordneten Wettbewerb zu werden.

Schließlich frage ich mich, wann Europa sich endlich dafür entscheiden wird, mit einer nennenswerten Anstrengung von privaten und öffentlichen Investitionen seinen Platz in den Technologien des 21. Jahrhunderts einzunehmen, die derzeit von den USA und China dominiert werden.

In den internationalen Beziehungen können wir nur feststellen, dass der liberale Multilateralismus dabei ist, unter den Schlägen, die ihm Donald Trump versetzt, sich selbst zugunsten eines nationalistischen Unilateralismus den Garaus zu machen. Dabei war es Washington gewesen, der die Herabsetzung der Zolltarife gefordert und die Vervielfältigung der Welthandelströme gefördert hatte, indem es ihm gelang, sie von China und Russland annehmen zu lassen!

Wer könnte ernsthaft daran zweifeln, dass die USA; soweit sie mit ausschliesslich militärischen und monetären Mitteln ihre Vormachtstellung durchsetzen, uns europäische Verbündete der Gefahr einer neuen weltweiten Katastrophe aussetzen können?

Zur Situation in der Außenpolitik: Hier haben sich die geopolitischen und geostrategischen Rahmenbedingungen für die Europäische Union vollständig verändert.

Im alten Europa bis zum paneuropäischen Picknick von Sopron vor genau 30 Jahren waren wir im Kalten Krieg durch den Eisernen Vorhang getrennt. Im Westen waren unsere Anstrengungen darauf gerichtet, unter dem Schutzschirm der Amerikaner unseren Wohlstand zu entwickeln, die uns ohne hohe Kosten den Frieden sicherte. Während die Völker im Osten auf ihre Befreiung warteten.

Seit dem 11 September 2001 wissen die Vereinigten Staaten, dass sie ebenso verwundbar sind wie jedes andere Land. Ohne dass ihre Motive immer gerechtfertigt gewesen wären, haben die USA im Nahen- und Mittleren Osten, in Afghanistan, im Irak, in Syrien quasi ständig Konflikte ausgelöst oder aktiv daran teilgenommen, die sich mit dem nie gelösten israelisch-palästinensischen Konflikt und den Umwälzungen im Maghreb und Maschrek summiert haben.

Jetzt – unter dem starken Druck Israels und mit Unterstützung seiner Verbündeten am Golf – bedrohen die Vereinigten Staaten Teheran mit einem Krieg, nachdem sie einseitig das iranische Nuklear-Abkommen aufgekündigt haben.

Die Rivalität zwischen Sunniten und Schiiten untermauert diese Bedrohungen ebenso wie die westlichen Interventionen in dieser Region den islamischen Terrorismus fördern, dessen Opfer auch Europa ist. Um diesen zu bekämpfen war Frankreich zusammen mit seinen europäischen und afrikanischen Partnern gezwungen, in der Sahel-Zone militärisch zu intervenieren.

Diese Region an der Grenze der Europäischen Union ist über ihre wirtschaftliche Bedeutung hinaus ist, die darin besteht, dass sie Asien und Europa mit einem wesentlichen Teil seiner Energie-Ressourcen versorgt, von noch größerem geopolitischem und geostrategischem Interesse, weil sich hier ein erbitterter Wettbewerb zwischen den weltweiten militärisch-industriellen Einflüssen abspielt.

Wenn dabei die Chinesen noch nicht den ersten Platz einnehmen, verfolgen sie hautnah und wachsam, was sich dort abspielt; und dass in Verbindung mit Putins Russland, das dort seinen Einfluss über seine alten Verbündeten wiedererlangt hat.

Auch Russland, das seit bald 20 Jahren durch einen nostalgischen Autokraten stalinistischer Prägung geführt wird, hat sich mit Gewalt georgische und ukrainische Gebiete einverleibt und könnte weiter die nationale Souveränität seiner Nachbarn verletzen.

Im asiatischen Südosten, vor allem im Chinesischen Meer, haben sich die Rivalitäten der dortigen Mächte ebenfalls verschärft, insbesondere in Nordkorea und Taiwan.

Diese sich wiederholenden Krisen haben einen Exodus der betroffenen Bevölkerung nach Europa ausgelöst. Diese Auswanderungswelle verbindet sich mit der Migration aus Afrika, welche die Folge einer galoppierenden Bevölkerungsentwicklung und einer defizitären Wirtschaftslage ist.

In dieser – in der Nähe ebenso wie in der Ferne - gefährlichen Welt existiert Europa nicht! Es kann sich kein Gehör verschaffen.

Nicht nur dass Europa – via NATO – bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion die Schlüssel seiner Verteidigung - und in deren Folge auch seiner Außenpolitik - an den amerikanischen Präsidenten abgegeben hatte; so hat es seitdem die Länder Mittel- und Osteuropas auch davon überzeugt, aus dem Warschauer Pakt direkt in den Nordatlantik-Pakt zu wechseln!

Welche verrückte Verantwortungslosigkeit! Noch in den letzten Tagen haben die europäischen Regierungen amerikanischen Waffensystemen vor europäischen den Vorzug gegeben.

Haben sie denn nicht gehört, was Donald Trump ihnen gleich nach seinem Einzug ins Weiße Haus gesagt hat: Für ihn ist die NATO obsolet!

Das kann man verstehen, da die Vereinigten Staaten alle Hände voll zu tun haben, denn sie müssen sich mit dem Nahen und dem Mittleren Osten, die immer am Siedepunkt sind, mit dem Machtzuwachs Chinas befassen müssen, dessen Projekt der neuen Seidenstraße nichts anderes ist als ein Tarnanzug für seine imperialistischen Ambitionen ist.

Schon Barak Obama hat uns deutlich gemacht – allerdings mit mehr Diplomatie als sein Nachfolger - dass die Aufmerksamkeit seines Landes sich inzwischen vorrangig auf den Pazifik richtet.

Ich begrüße natürlich die neuen Investitionsanstrengungen auf dem Gebiet der europäischen Rüstung, die Deutschland, Frankreich und einige andere europäische Länder unternehmen. Ebenso die Vorbereitungen für den Beginn einer europäischen Verteidigung. Trotzdem kann ich nur bedauern, dass der sogenannte Fouchet-Plan, den de Gaulle 1962 vorgeschlagen und Adenauer angenommen hatte, von unseren anderen Partnern unter dem Einfluss von Kräften jenseits des Atlantiks und von Jean Monnet abgelehnt wurde.

Es wäre damals auch von Vorteil gewesen, besser darauf zu hören, was de Gaulle über die jahrhundertelangen geografischen, historischen und kulturellen Beziehungen des Vereinigten Königreiches mit dem europäischen Kontinent gesagt hat. Wir hätten uns 55 Jahre danach sicherlich ersparen können, drei Jahre über einen Brexit-Vertrag zu verhandeln, von dem wir jetzt wissen, dass dieser niemals angewandt werden wird.

Deshalb ist es, wenn Sie so wie ich an die Notwendigkeit einer Macht Europa glauben, unverzichtbar, dass wir zu den Wurzeln zurückkehren.

Nach den Desastern, die der erste Weltkrieg hervorgerufen hatte, zeigte Richard Coudenhove-Kalergi vor bald einem Jahrhundert den richtigen Weg für Europa auf Seine erste Forderung, um das Paneuropa zu bewerkstelligen, war die Verwirklichung des französisch-deutschen Verständigung. Das war richtig und wahr. Aber es bedurfte eines neuen, schrecklichen Krieges, damit diese Vorstellung sich durchsetzen konnte.

Und dieses immer noch vorrangiges Ziel und bleibt die "conditio sine qua non" für die Schaffung einer europäischen Macht.

Leider hat diese Verständigung in den letzten Jahren gelitten. Die Schuld daran teilen sich Berlin und Paris gleichermaßen.

An uns Paneuropäern liegt es – allen voran den Deutschen und Franzosen – diesem Schulterschluss neue Kraft und Stärke zu geben.

Erlauben Sie mir zum Schluss meines Rede-Beitrages einige persönliche Worte, die Sie meine Wurzeln und mein Engagement für Paneuropa und für die französisch-deutsche Verständigung besser verstehen lassen werden.

Als Kämpfer für die republikanischen und demokratischen Institutionen Frankreichs und für die Soziallehre der katholischen Kirche hatte meine Familie zwischen den Weltkriegen das paneuropäisch inspirierte Projekt vom damaligen französischen Aussenminister Aristide Briand unterstützt. Meine Urgroßmutter mütterlicherseits ist 1860 in Koblenz geboren worden hatte sich mit ihren Eltern in Paris niedergelassen, so wie etwas später ihre Cousinen und Cousins aus der gleichen Region. Ihre doppelte deutsche und französische Kultur, ihre leidenschaftliche Liebe zu ihrem Aufnahmeland und das, was sie an kreativem Geist aus ihrem Heimatland importiert hatten, hat ihre Nachfahren tief geprägt.

Das macht die tiefen Verwundungen verständlich, die sie in den dreißiger Jahren erlitten. Aber als sie sich mit der neuen Katastrophe konfrontiert sah, war meine Familie unverzüglich auf vorderstem Posten des Widerstandes gegen die Barbarei. Dann nach deren Beseitigung nahm sie ebenso unverzüglich den unterbrochenen Weg des französisch-deutschen Zusammenschlusses und des geeinten Europas wieder auf. Auf die Bitte von General de Gaulle gründete mein Vater das französische Komitee der Paneuropa-Union und unterbreitete der Nationalversammlung seinen Bericht über den Elysee-Vertrag. Dieser wurde schließlich leider mit einer Präambel versehen, die seine Symbolik reduzierte.

Mein Weg war also vorgezeichnet.

Deshalb bin ich heute bei Ihnen in Augsburg am Vorabend des Französischen Nationalfeiertages, um Sie zu bitten, mit mir zusammen auf dem Weg der europäischen Hoffnung weiter zu schreiten.

Alain Terrenoire
Präsident der Internationalen Paneuropa-Union